

Diskussion über die Zahl der Intensivbetten in Deutschland

Der Kobra-Effekt bei Corona

Die Hauptsorge in der Corona-Pandemie war und ist noch immer ein Mangel an Intensivbetten. Es wurden apokalyptische Szenen prognostiziert. Jetzt aber mehren sich die Anzeichen, daß eine totale Überlastung der Intensivstationen nicht zu befürchten war. Vielmehr scheinen ökonomische Fehlansätze das tatsächliche Versorgungsbild gravierend verzerrt zu haben. Darauf deuten Ergebnisse des Leibniz-Instituts RWI Essen und einer Forschergruppe um den Kölner Gesundheitsökonom Matthias Schrappe hin.

Deutschland ist mit 34 Intensivbetten pro 100.000 Einwohner viermal so gut ausgestattet wie Italien. Damit liegen wir in Europa an der Spitze. Die tatsächliche Belegung war zudem während der Pandemie praktisch konstant. Darunter machten die Corona-Patienten maximal ein Viertel aus. Die scheinbare Überlastung war offenbar ein statistisches Artefakt. Die Zahl der ausgewiesenen Intensivbetten hat seit August 2020 nicht etwa zugenommen, sondern ist um gut 6.000 Plätze gesenkt worden. Dafür tauchte gleichzeitig eine neue „Notfallreserve“ von knapp 12.000 Intensivbetten in der Statistik auf.

Beides war eine Folge der Rettungsschirme, welche die Bundesregierung für die Kliniken aufgespannt hat. Denn zum einen erhielten diese 10,2 Milliarden Euro Ausgleichsfinanzierung für wegbrechende Einnahmen aus ihrem normalen Tagesgeschäft. Und die Summe fiel um so höher aus, je stärker die Intensivsta-

tion des betreffenden Krankenhauses ausgelastet war. Somit entstand ein Anreiz, die Zahl der regulären Betten so gering wie möglich auszuweisen und zugleich so viele Covid-Patienten wie möglich auf Intensiv zu legen. Tatsächlich ist die entsprechende Quote mit zuletzt 61 Prozent in Deutschland viel höher als etwa in der Schweiz, wo es nur 25 Prozent sind. Das dürfte kaum medizinische Gründe haben. Zum anderen erhielten die Kliniken 530 Millionen Euro für den Aufbau zusätzlicher Intensivkapazitäten. Diese Notreserve floß aber offenbar nicht in die Auslastungszahlen ein, mit denen in der Politik argumentiert wurde.

So konnten die Krankenhäuser gleichzeitig Geld für das Verschwinden bisheriger und die Schaffung neuer Betten kassieren. Der Fehler lag aber in den wenig durchdachten Finanzierungsmodalitäten. Menschen reagieren nun einmal auf ökonomische Anreize, das gilt auch im Gesundheitswesen. Unter Ökonomen ist das Phänomen paradoxer Reaktionen seit langem als Kobra-Effekt bekannt: Angeblich setzte der britische Gouverneur in Indien einst eine Prämie auf jede gefangene Kobra aus. Doch die Plage wurde immer größer. Warum? Die pfiffigen Inder züchteten daraufhin Schlangen, um möglichst viele Prämien kassieren zu können. Offenbar haben wir derzeit ein ähnliches Problem.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Universität Münster.



VON
ULRICH VAN
SUNTUM

»Die Kliniken erhielten 530 Millionen Euro für den Aufbau zusätzlicher Kapazitäten.«

BVerfG-Beschluß zur Verhältnismäßigkeit der Staatsanleihekäufe

Soviel Recht wie Macht

Von Dirk Meyer

Der Philosoph Baruch de Spinoza erfuhr 1656, was einen erwarteten, wenn man Zweifel an der herrschenden Lehre äußert – der Bann. Inzwischen leben wir aber in einem Rechtsstaat. Doch was nützt eine gut begründete Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG), wenn formale Hürden diese scheitern lassen?

So geschehen im Fall der PSPP-Staatsanleihekäufe durch die EZB. Die Richter sahen zwar in ihrem Urteil vom 5. Mai 2020 eine unzureichende Prüfung des EZB-Handelns durch Bundesregierung und Bundestag. Sie folgerten eine mögliche Kompetenzüberschreitung bis zur gegenteiligen Darlegung. Hinzufügen könnte man, daß das BVerfG fehlerhaft von zu niedrigen Anteilen einer Vergemeinschaftung möglicher Verluste ausging und die übermäßigen Ankäufe zugunsten der Krisenstaaten weder prüfte noch als monetäre Staatsverschuldung problematisierte. Die als Nachweis einer Verhältnismäßigkeitsprüfung von der EZB übersandten sieben „Geheimdokumente“

waren seitenweise geschwärzt. Obwohl Abgeordnete die Unverständlichkeit monierten, wurde das nur wenige Tage dauernde Prüfungsverfahren mit positivem Beschluß beendet: Der Bundestag hält die Darlegung der EZB zur Durchführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung für nachvollziehbar und die Karlsruher Vorgaben „somit für erfüllt“.

Daraufhin forderten die Kläger mit einer Vollstreckungsanordnung Einblick in die „Verhältnismäßigkeitsstudie“ der EZB. „Unzulässig, unstatthaft, unbegründet“ – so lautete nun der neue BVerfG-Beschluß. Die Studie könne nicht Gegenstand der Nachfrage sein, da sie noch nicht zum Zeitpunkt des Urteils vorlag – gerade das wurde ja beanstandet. Hierzu mußte allerdings erneut geklagt werden, was wiederum wohl ein mehrjähriges Verfahren brächte. Ein verrückter Rechtsstaat?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. ▶ buendnis-buergerville.de



Dachdecker beim Einfamilienhausbau: Wir sind von Importen abhängig, obwohl wir über genügend heimische Baustoffe verfügen

Die Preisspirale dreht sich immer schneller

Bauwirtschaft: Materialmangel in vielen Bereichen / Diskussion um Holz-Exportverbote nach China

PAUL LEONHARD

Wie China im umgekehrten Fall gehandelt hätte, ist gewiß: Die KP-Führung hätte den Holzexport rigoros verboten. Auch die USA hätten – egal ob unter Obama, Trump oder Biden – im Ernstfall die nationale Wirtschaft über alle Verträge gestellt. In Deutschland herrscht dagegen wie üblich verkehrte Welt: Die Bundesregierung will lediglich die Entwicklung bei den stark gestiegenen Holzpreisen beobachten, also ein Problem einfach aussitzen.

Exportverbote oder andere Handelsbeschränkungen seien kein geeignetes Mittel, um den Markt zu beruhigen, verbreitete das Bundeswirtschaftsministerium. Daß derzeit immer mehr Firmen wegen Materialknappheit Kurzarbeit anmelden müssen, wie die Bundesvereinigung Bauwirtschaft Anfang Mai mitteilte, schert das von Peter Altmaier (CDU) geführte Ressort wenig, solange die Bundesdruckerei über ausreichend Papier verfügt, um Gesetze und Verordnungen zu drucken.

Rohstoffknappheit könnte den Aufschwung gefährden

Der Umgang mit Rohstoffknappheit ist für das Industrieland Deutschland eine vergessene Herausforderung: Bald 48 Jahre ist es her, daß die Ölscheichs am 17. Oktober 1973 den Ölboycott wegen des israelisch-arabischen Jom-Kippur-Kriegs leicht zudrehten. Der Ölpreis stieg um 70 Prozent, die Bundesregierung verordnete vier autofreie Sonntage und ein vorübergehendes Tempolimit von 100 km/h.

Gleichzeitig beschloß das sozialliberale Kabinett von Willy Brandt den Bau von 40 AKWs. Und der 1970 vereinbarte Erdgasimport erwies sich als goldrichtig. Die DDR traf erst die zweite Ölkrise 1979/1980, denn Moskau verkaufte Öl

lieber gegen D-Mark, Dollar, Franken und Pfund auf dem Weltmarkt. Daß es Holz oder anders Material rationiert zugeteilt oder zu Mondpreisen „unter der Hand“ gab, war allerdings für Handwerker zwischen Rostock und Zittau bis 1990 Alltag. Daher war es wohl auch der für den Forst zuständige Schweriner Agrarminister Till Backhaus (SPD), der Altmaier widersprach: „Eigentlich müßte man in Deutschland den Export von Holz nach Amerika unterbinden.“

Und den nach China natürlich gleich mit. Denn der steigende Holzbedarf in den beiden röstigen Volkswirtschaften hat dafür gesorgt, daß in Deutschland die Lager leer sind, die Preise steigen und auf zahlreichen Baustellen die Arbeit ruht. Es fehlt aber auch an Kies, Zement, Dämmstoffen, an Stahl und Kunststoffen, an Kabeln, Feinblechen und elektronischen Bauteilen. Selbst Holzpaletten für den Transport sind Mangelware. Von einem „beispiellosen Engpaß seit 1991“ spricht das Münchner Ifo-Institut – damals begann der Bauboom nach der Wiedervereinigung.

Von 800 befragten Firmen im Bereich Hochbau hätten im April 23,9 Prozent über Probleme berichtet, rechtzeitig Baustoffe zu beschaffen. Im Tiefbau waren es 11,3 Prozent der Unternehmen. Die Preise für Dachlatten, Bauholz oder Konstruktionsvollholz sind gegenüber dem März 2020 um 20,6 Prozent gestiegen. Der Dachdeckerverband beklagte Lieferzeiten von zwei bis drei Monaten. Der Tonnenpreis von Warmbrandstahl stieg zwischen Juli 2020 und April 2021 von 407 auf 950 Euro.

Die Bundesingenieurkammer verlangt, die Baustoffproduktion zurück nach Deutschland zu holen, und „baustoffsparende“ Planungen. Der Immobilienverband GdW teilte mit, daß 90 Prozent der rund 1.600 Mitgliedsfirmen „signifikante Engpässe bei Holz, Dämmmaterial und Stahl“ beklagen. Der Industrieverband BDI forderte die EU auf, sich zügig mit den Lieferengpässen und dem Kapazitätsaufbau zu be-

fassen, denn gehe es um die „Stärkung ihrer strategischen Souveränität“, so Wolfgang Niedermark, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung: „Wegen der Bedeutung von Halbleitern für die Industrie muß Europa verlorengegangene Kompetenzen und Kapazitäten mit staatlicher Unterstützung wieder zurückholen.“

Mehr Kies, Sand und Gips in Deutschland abbauen

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) lehnt aber wie der BDI einen Exportstopp als kontraproduktiv ab. Derartiges verleite andere Länder zu Gegenmaßnahmen, unter denen gerade die Handels- und Industrienation Deutschland leiden würde, so Niedermark. Besser wäre es, wenn die Firmen Lieferketten diversifizieren und alternative Beschaffungswege aufbauen würden. Konkret bedeutet das die Rückkehr zu einer regionalen Kreislaufwirtschaft, einen Ausbau der heimischen Förderung und steuerliche Anreize für die Lagerhaltung von kritischen Rohstoffen.

Also statt globalen Wertschöpfungsketten wieder mehr Autarkie? So fordert der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbe, Felix Pakleppa, wieder mehr Kies, Sand und Gips in Deutschland abzubauen. „Es kann nicht sein, daß wir von importierten Baustoffen abhängig sind, wenn wir über große Mengen mineralischer Baustoffe im eigenen Land verfügen.“

Ob eine derartige Veränderung der Strukturen tatsächlich notwendig ist, wird jedoch vom Ifo-Experten Ludwig Dorfmeister angezweifelt. Der Fachreferent für Bau- und Immobilienforschung sieht die Ursachen für das immer schnellere Drehen der Preisspirale in Lieferengpässen in mehreren Märkten gleichzeitig. Wegen der Corona-Krise seien Kapazitäten heruntergefahren worden, gleichzeitig stieg die Nachfrage schneller wieder an als erwartet. Ähnlich sehen es die Analysten des IW,

die zudem auf fehlende Container und Schiffsbesatzungen verweisen, die die Warenlieferungen zwischen China und Europa beeinträchtigen: „Nach der Vollbremsung der Weltwirtschaft und des Welthandels vor einem Jahr muß vieles nachgeliefert werden.“

Tatsächlich boomt in China, von wo die Corona-Pandemie ausgegangen ist, nach überwindener Krise die Bauwirtschaft. In das kommunistische Land lieferte Deutschland mehr als die Hälfte der 2020 exportierten Rekordmenge von 12,7 Millionen Kubikmetern Rohholz, so das Statistische Bundesamt. Insgesamt haben voriges Jahr die deutschen Sägewerke, die gegenwärtig dank des Exports nach Übersee Rekordgewinne einfahren, 25 Millionen Kubikmeter Nadelholz produziert – ebenfalls ein Rekord. Ein Fünftel davon sei in die USA gegangen, und deren starke Nachfrage resultiert wiederum aus Schwierigkeiten mit dem Nachbarland Kanada, dem traditionellen Holzlieferanten von God's Own Country. Die Ursache hierfür sind noch aus Trump-Zeit stammende Strafzölle sowie Waldbrände.

Handwerk und Bauindustrieverband gehen ohnehin davon aus, daß selbst nach Überwindung der derzeitigen Engpässe das Preisniveau bei Baumaterial hoch bleiben wird, auch weil Zulieferer und Zwischenhändler die Preise selbst in die Höhe getrieben haben. „Wir haben den Verdacht, daß einige Produzenten von Rohstoffen und Vorprodukten die Pandemie nutzen, um ihre Rendite zu verbessern“, sagt Dietmar Ahle, Vizepräsident des Bundesverbandes Farbe. Die Handwerksverbände raten bereits ihren Mitgliedern, mit den Kunden Vereinbarungen über mögliche Materialpreissteigerungen abzuschließen, um die Kosten an diese weiterzugeben.

„Knappheiten und Engpässe bei Vorleistungen“ (IW-Kurzbericht 31/21):
▶ www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte
▶ www.bv-bauwirtschaft.de
▶ www.ifo.de/publikationen



Deutschland wählt!

Das JF-Aktions-Abo zum Sonderpreis von 32 Euro für 12 Wochen und eine Prämie gratis dazu.

Superwahljahr Wahl-Abo

2021

jf.de/abo-wahl-2021

JF